ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schröder, Christoph

Article

Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Schröder, Christoph (2009) : Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 36, Iss. 1, pp. 3-17, https://doi.org/10.2373/1864-810X.09-01-01

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/156968

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland*

Christoph Schröder, Dezember 2008

Obwohl das staatliche Abgaben-, Steuer- und Transfersystem nicht durchgehend bedarfsorientiert ausgestaltet ist, führt es zu einer weitgehend konsistenten Umverteilung von oben nach unten. Dies gilt auch dann, wenn man das Einkommen personenbezogen betrachtet und dabei den Haushaltskontext berücksichtigt. Die 30 Prozent der Personen mit dem niedrigsten Marktäquivalenzeinkommen erhalten im Durchschnitt, auf den Bedarf eines Singles umgerechnet, pro Monat über 900 Euro mehr vom Staat, als sie an Steuern und Abgaben leisten. Auch die private Umverteilung durch Unterhaltszahlungen, Unterstützungen, Betriebsrenten und Beihilfen von Organisationen ohne Erwerbszweck führt wie langfristig angelegte Spar- und Entsparprozesse zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung. Dies spiegelt sich auch im Anteil der relativ betrachtet Einkommensarmen wider, der um 2 Prozentpunkte niedriger ausfällt, wenn man die privaten Umverteilungseffekte berücksichtigt.

Haushalts- und Personenebene

Der deutsche Sozialstaat bringt trotz seiner Komplexität und Intransparenz durchaus konsistente Umverteilungsergebnisse hervor (Horschel/Pimpertz/Schröder, 2007). Die drei Zehntel der Haushalte mit den niedrigsten Haushaltseinkommen erzielten im Jahr 2003 auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) fast 60 Prozent der staatlichen Transfers, während umgekehrt die 30 Prozent der Haushalte mit den höchsten Markteinkommen 62 Prozent der Abgabenlast trugen. Die zitierte Analyse hat gezeigt, wie sich die unterschiedlichen Umverteilungsströme ergänzen und in ihrer Gesamtheit darstellen. Dabei wurde das Einkommen bewusst haushaltsbezogen betrachtet, und es wurden keine Korrekturen für unterschiedliche Haushaltsgrößen vorgenommen, da dies mit Ausnahme einiger bedarfsgeprüfter Leistungen auch im Abgaben- und Transfersystem nur ansatzweise geschieht. Die spezielle Frage, ob es auch zu einer Umverteilung von Reich zu Arm kommt, wurde nicht beantwortet.

Hier setzt die vorliegende Untersuchung an, die ebenfalls den vom Statistischen Bundesamt für das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) erstellten Scientific Use File

* Diese Studie ist Teilergebnis des von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln geförderten Forschungsprojekts „Soziale Umverteilung in Deutschland“.

der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 verwendet (Statistisches Bundesamt, 2006a). Es wird untersucht, ob die staatliche Umverteilung tatsächlich dazu führt, dass es auf personeller Ebene zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung kommt, wenn die individuell unterschiedlichen Bedarfe, die sich durch den Haushaltskontext ergeben, berücksichtigt werden. Das Einkommen, das sich nach der Umverteilung des am Markt erzielten Einkommens ergibt, bildet aber die Wohlstandssituation der Personen und Haushalte selbst dann noch nicht korrekt ab, wenn man sich auf Stromgrößen beschränkt und etwa das Vermögen nicht mit einbezieht. Denn sowohl die Zahlungsströme zwischen den Privathaushalten als auch die Transfers von Versicherungen, Betrieben und anderen Organisationen, wie etwa karitative Einrichtungen, beeinflussen die Einkommensposition. Deshalb soll in einem zweiten Schritt geklärt werden, welchen Einfluss diese nichtöffentlichen Transfers auf die Einkommensverteilung haben.

Äquivalenzeinkommen

Um zunächst die unterschiedliche Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen, werden äquivalenzbezogene Größen berechnet. Das Äquivalenzeinkommen ist ein personenbezogenes Einkommen, das den Haushaltszusammenhang berücksichtigt. Dies geschieht, indem ein Einkommen errechnet wird, das dem eines Singles vergleichbar ist. Es wird unterstellt, dass das Haushaltseinkommen unter den Haushaltsmitgliedern gleichmäßig aufgeteilt wird. Um Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften zu erfassen, wird das Haushaltseinkommen nicht durch die Personenzahl, sondern durch die Anzahl der Verbrauchseinheiten geteilt. Nach der in Europa üblichen neuen OECD-Äquivalenzskala wird der ersten Person des Haushalts das Gewicht 1 und den weiteren Erwachsenen das Gewicht 0,5 zugewiesen. Kinder unter 14 Jahren erhalten den Skalenwert 0,3. Ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren hat nach dieser Skala 2,1 Verbrauchseinheiten. Hat diese Familie ein Einkommen von beispielsweise 2.100 Euro, stellt sich jedes Familienmitglied so gut wie ein Single, der 1.000 Euro zur Verfügung hat. Unterstellt werden somit relativ hohe Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften von mehreren Personen, wodurch große Haushalte – meist mit Kindern – in der Einkommensposition begünstigt werden. Kleinere Haushalte – etwa von Rentnern – schneiden hierdurch dagegen relativ gesehen schlechter ab, als dies bei Berechnung mit Äquivalenzskalen, die von geringeren Einsparmöglichkeiten ausgehen, der Fall wäre. Die für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens notwendige Annahme, dass das Einkommen innerhalb des Haushalts gleichmäßig aufgeteilt wird, ist sicherlich nicht unkritisch. Auf die haushaltsinterne Einkommensverteilung kann der Staat allerdings kaum Einfluss nehmen. Zudem kann das Äquivalenzeinkommen auch als bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen interpretiert werden, das aber

für Verteilungsanalysen so gewichtet wird, dass jeder Person die gleiche Bedeutung zukommt.

Die vorliegende Analyse basiert auf dem Mikrodatensatz, der auch für die Analyse der Haushaltseinkommen (Horschel/Pimpertz/Schröder, 2007) benutzt wurde. Zur Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung wurden ebenfalls die auf Haushaltsebene errechneten Faktoren verwendet und auf die Personendaten übertragen. Für die amtlichen Angaben zur Einkommensverteilung wurden hingegen spezielle Personenfaktoren errechnet (Statistisches Bundesamt, 2006b). Da zudem der Mikrodatensatz für das IW Köln eine 80-prozentige Unterstichprobe des vollständigen Datensatzes darstellt und überdies für die Sozialversicherungsbeiträge die von den Haushalten gemachten Angaben durch die nach damaliger Gesetzeslage errechneten Durchschnittswerte ersetzt wurden, kommt es zu kleineren Abweichungen zu den vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Ergebnissen.

Konsum als Wohlstandsindikator?

Umstritten ist, ob das laufende Einkommen ein angemessener Wohlstandsindikator ist. Vielfach wird der Konsum präferiert, da er das permanente Einkommen besser widerspiegele (Krueger/Perri, 2003; Noll/Weick, 2007). So zeigt sich, dass der Konsum weniger vom Alter abhängig ist als das Einkommen. Beispielsweise leben eher sehr junge Haushalte, die in Zukunft ein höheres Einkommen antizipieren, und ältere Haushalte, die teilweise ihre Ersparnisse aufbrauchen, über ihre Einkommensverhältnisse. Auch bei zeitweiligen Einkommensausfällen, etwa durch Arbeitslosigkeit oder während einer Erwerbspause wegen Kinderbetreuung, können – falls Ersparnisse vorhanden sind – durchaus das Konsumniveau und der Lebensstandard gehalten werden. Umgekehrt können Änderungen im sozialen Sicherungssystem beispielsweise bei der Altersversorgung bewirken, dass sich das Konsumverhalten auch der nicht unmittelbar Betroffenen ändert, wenn in Zukunft mit geringeren staatlichen Leistungen gerechnet wird und daher die eigenen Sparbemühungen erhöht werden.

Gegen den Konsum als Lebensstandardindikator lässt sich einwenden, dass auch bei gleichen Lebenseinkommen die Sparquoten und damit die Konsumausgaben wegen unterschiedlicher Risikoaversion variieren können. Unmittelbar gemessen wird zudem nicht der Konsum selbst, sondern nur die Ausgaben für Konsumgüter. Da Einnahmen und Ausgaben in der EVS nur über einen Zeitraum von drei Monaten erfasst werden, kann die Anschaffung teurer Güter für den langfristigen Gebrauch wie Autos oder eine neue Wohnungseinrichtung, aber auch schon ein teurer Urlaub die Werte verzerren. Ein Auto wird aber nicht

unmittelbar verbraucht, sondern über einen meist langfristigen Zeitraum genutzt, sodass als Konsum nur die Abschreibung zu berücksichtigen wäre (Krueger/Perri, 2006).

Disponibles Einkommen

Sowohl die üblichen Einkommensindikatoren als auch die Konsumausgaben haben daher Vor- und Nachteile, wenn es darum geht, den aktuellen Lebensstandard möglichst genau zu beschreiben. Als Mittelweg wird ein disponibles Einkommen errechnet. Als Grundidee wird das verfügbare Einkommen um langfristige Spar- und Entsparprozesse korrigiert, um so den finanziellen Rahmen zu definieren, der für den aktuellen Konsum und für Rücklagen für größere Anschaffungen aus den laufenden Einkünften zur Verfügung steht.

Zur Berechnung des disponiblen Einkommens wird zunächst das Nettoeinkommen gemäß der IW-Definition ermittelt. Unberücksichtigt bleiben hier – anders als beim Nettoeinkommen nach amtlicher Definition – Abfindungen, da diese nicht als laufendes Einkommen, sondern als Vermögenstransfer angesehen werden. Auch Steuerrückerstattungen bleiben unberücksichtigt, da diese nicht von dem in der laufenden Periode erbrachten Markteinkommen abhängen, sondern von dem Einkommen aus Vorperioden. Die Sozialabgaben werden neu berechnet, um die institutionell unterschiedliche Behandlung von Selbstständigen, Beamten, gesetzlich und freiwillig sozialversicherten Arbeitnehmern auszugleichen (Horschel/Pimpertz/Schröder, 2007).

Da mit dem IW-Nettoeinkommen aufgezeigt werden soll, wie der Staat das Markteinkommen umverteilt, enthält es keine privaten Transfers. Da diese wohlstandsrelevant sind, werden sie hinzuaddiert. Nicht einbezogen werden hierbei die Kapitalauszahlungen aus Erbschaften, weil diese ebenso wie die Abfindungen nicht als Einkommen, sondern als Vermögensübertragungen betrachtet werden. Abgezogen werden die Unterhaltszahlungen an andere Haushalte. Sie sind zum einen eine Gegenbuchung für die erhaltenen privaten Transfers. Zum anderen stellen Unterhaltszahlungen Versorgungsleistungen an nahestehende Personen dar, die sonst innerhalb eines Haushalts erfolgen würden. Auch jene Ausgaben für die Vermögensbildung, die eindeutig langfristigen Zielen dienen, werden vom Einkommen abgezogen. Dies sind Rücklagen für die Alterssicherung und für den Immobilienerwerb oder für die Tilgung von Baudarlehen. Beim Immobilienerwerb werden explizit nur Bausparverträge erfasst. Bei den übrigen Sparaufwendungen lässt sich nicht klären, ob es sich um Rücklagen für größere Anschaffungen handelt oder um Vorsorgesparen. Übersteigen Tilgungen, Unterhaltszahlungen oder Beiträge für Lebensversicherungen das gesamte Nettoeinkommen und machen gleichzeitig einen Betrag von jeweils mindestens

1.000 Euro aus, werden sie als Einmalzahlungen und mithin als Vermögensübertragung gewertet und deshalb auf null gesetzt.

Als Gegenbuchung werden die Renten aus privaten Lebensversicherungen hinzuaddiert. Beim Statistischen Bundesamt werden sie als Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen verbucht. Man erhält so das laufende Einkommen, das für den aktuellen Konsum zur Verfügung steht und berücksichtigt gleichzeitig intertemporale Spar- und Entsparvorgänge, die zu einer Nivellierung der Einkommensströme getätigt werden.

Übersicht

Einkommensbegriffe

	Markteinkommen (einschließlich tatsächlicher oder fiktiver Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung)
+	Öffentliche monetäre Transfers: Transfers der gesetzlichen Sozialversicherungen, äquivalente Leistungen des Staates für Beamte sowie berufsständischer Versorgungseinrichtungen für die in Kammern organisierten Berufe und privater Versicherungen für Selbstständige, Transfers der öffentlichen Hand, zum Beispiel Kinder- oder Wohngeld
./.	Pflicht- und freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung[1)]
./.	Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
=	**Nettoeinkommen nach IW-Definition**
+	Saldo aus privaten Transfers: Summe aus erhaltenen Unterhaltszahlungen und Geldgeschenken, Streikunterstützungen, Beihilfen von Kirchen u. Ä., Unterstützungen von anderen Haushalten für freies Wohnen abzüglich geleistete Unterhaltszahlungen und Lohn- und Gehaltspfändungen
+	Saldo aus intertemporalen Transfers[2)]: Summe aus Renten der ZVK[3)], Betriebsrenten, Renten aus privaten Lebensversicherungen abzüglich der Summe aus: Beiträge Vermögenswirksame Leistungen für Bausparverträge und für private Lebens- und Rentenversicherungen, Einzahlungen auf Bausparverträge, Tilgung von Baudarlehen, Beiträge für Lebensversicherungen
=	**Disponibles Einkommen**

1) Einschließlich unterstellter Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Beamte und für Selbstständige. 2) Die Summe aus Tilgung von Darlehen, Einzahlungen auf Bausparverträge und Beiträgen für Lebensversicherungen wird auf den Wert null gesetzt, wenn diese Summe in einem Haushalt kleiner ist als die unterstellten Beiträge der Selbstständigen dieses Haushalts zur Rentenversicherung; übersteigen Tilgungen, Unterhaltszahlungen oder Beiträge für Lebensversicherungen das gesamte Nettoeinkommen und machen gleichzeitig einen Betrag von jeweils mindestens 1.000 Euro aus, werden sie auf den Wert null gesetzt. 3) Zusatzversorgungskasse des öffentlichen Diensts.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Trennung in private und staatliche Umverteilung

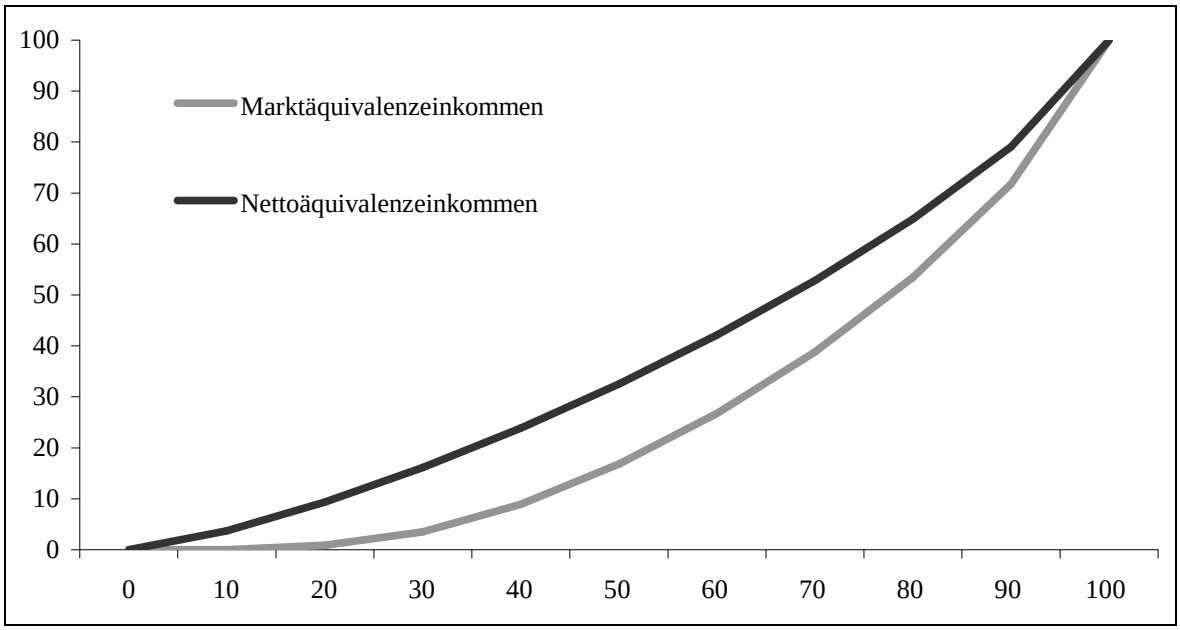
Mit den so definierten Einkommensindikatoren lässt sich die staatliche und die private Umverteilung analysieren: Ausgehend vom Markteinkommen ergibt sich durch die staatliche Umverteilung das Nettoeinkommen nach IW-Definition (Übersicht). Dabei leistet der Staat auf der einen Seite öffentliche Transfers, reduziert aber auf der anderen Seite das Markteinkommen durch gesetzliche Zwangsabgaben (Einkommensteuer einschließlich So-

lidaritätszuschlag und Sozialabgaben). Durch die nichtöffentlichen Transfers und die intertemporale Umverteilung wird aus dem Nettoeinkommen das disponible Einkommen. Dabei kommt es zum einen zu Umverteilungen zwischen den privaten Haushalten (Unterhaltszahlungen, Geschenke usw.) und zu Unterstützungen von Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften. Zum anderen bestehen intertemporale Umverteilungen auf individueller Ebene, die durch den Aufbau und Abbau vorsorgeorientierter Guthaben gekennzeichnet sind. Um zu klären, ob die Umverteilung tatsächlich von oben nach unten erfolgt oder in die Gegenrichtung, werden alle Größen äquivalenzbezogen betrachtet. Denn erst durch die Berücksichtigung des je nach Haushaltsgröße und -struktur unterschiedlich hohen Bedarfs ist es überhaupt möglich, Arm und Reich zu identifizieren.

Abbildung 1

Verteilung der Einkommen in Deutschland

Kumulierter Anteil der Dezile am kumulierten Einkommen (Äquivalenzeinkommen[1)]) im Jahr 2003 in Prozent



1) Äquivalenzeinkommen: bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen auf Basis der modifizierten OECD-Skala.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Staatliche Umverteilung

Durch das Steuer-, Abgaben- und Transfersystem ergibt sich eine beträchtliche Umverteilung von oben nach unten. Dies zeigt sich deutlich beim Vergleich der Verteilung des Markteinkommens mit der des Nettoeinkommens. So erzielt das unterste Fünftel der Bevölkerung fast überhaupt kein Markteinkommen, während das oberste Quintil fast 46,5 Prozent des gesamten am Markt erzielten Einkommens auf sich vereinigt (Abbildung 1). Nach der staatlichen Umverteilung ergibt sich ein deutlich anderes Bild: Das einkommens-

schwächste Zehntel der Bevölkerung erhält bereits 3,7 Prozent des gesamten Nettoeinkommens, das unterste Fünftel immerhin 9,4 Prozent. Deutlich schwächer als beim Markteinkommen fällt dagegen die Einkommensdominanz der wohlhabenden Bevölkerungsschichten aus. Denn der Einkommensanteil des obersten Quintils reduziert sich auf 35 Prozent. Damit ergeben sich bei der Betrachtung des bedarfsangepassten Pro-Kopf-Einkommens ähnliche Ergebnisse wie bei der Analyse des Haushaltseinkommens (Horschel/Pimpertz/Schröder, 2007). Die Verteilung des Äquivalenzeinkommens ist jedoch etwas gleichmäßiger als die des Haushaltseinkommens.

Tabelle 1

Staatliche Umverteilung in Deutschland

Äquivalenzgewichtete Durchschnittsangaben je Person und Monat im Jahr 2003

	Markt-einkommen	Monetäre Transfers	Abgaben	Transfersaldo[1]		Netto-einkommen
	in Euro				in Prozent[2]	in Euro
1. Dezil	–8	1.170	262	907	–	900
2. Dezil	169	1.270	299	971	575,2	1.140
3. Dezil	506	1.211	324	887	175,1	1.394
4. Dezil	1.026	664	417	247	24,1	1.273
5. Dezil	1.501	371	577	–205	–13,7	1.296
6. Dezil	1.883	303	747	–444	–23,6	1.438
7. Dezil	2.286	227	921	–695	–30,4	1.591
8. Dezil	2.771	191	1.163	–973	–35,1	1.800
9. Dezil	3.475	153	1.504	–1.351	–38,9	2.124
10. Dezil	5.350	109	2.377	–2.269	–42,4	3.080

Dezile nach der Verteilung des Marktäquivalenzeinkommens aller Personen; Angaben je Dezil: arithmetisches Mittel.
1) Differenz zwischen monetären Transfers und Abgaben. 2) In Prozent des Marktäquivalenzeinkommens.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Um genauer zu analysieren, wie das Transfer- und Abgabensystem die Einkommen auf individueller Ebene transformiert, werden die Personen nach ihren Marktäquivalenzeinkommen geordnet und in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt. Die staatliche Umverteilung resultiert aus der Zahlung öffentlicher Transfers und aus der Erhebung staatlicher Zwangsabgaben in Form von Einkommenssteuern und von Sozialabgaben. Für freiwillig Versicherte, Beamte und Selbstständige wurden zur besseren Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Erwerbstätigengruppen Abgaben nach den Regeln für gesetzlich Pflichtversicherte errechnet. Per saldo ergibt sich aus diesen Zahlungsströmen eine deutliche Besserstellung der in Bezug auf ihr Markteinkommen einkommensschwachen Bevölkerungs-

schichten. Bis in das 4. Dezil hinein werden mehr Transfers empfangen, als Zahlungen an den Staat geleistet werden. Die 30 Prozent der Personen mit dem niedrigsten Marktäquivalenzeinkommen erhalten im Durchschnitt auf den Bedarf eines Singles umgerechnet pro Monat über 900 Euro mehr vom Staat, als sie an Steuern und Abgaben leisten (Tabelle 1). Das einkommensstärkste Zehntel wird dagegen mit durchschnittlich fast 2.300 Euro belastet. Es gilt, dass mit höheren Einkommen im Durchschnitt die Nettotransfers zurückgehen, wobei bereits das 5. Dezil in einer Nettozahlerposition ist. Mit weiter zunehmenden Einkommen verschärft sich die Nettoabgabenbelastung progressiv: Auch in Relation zum Markteinkommen steigt die Nettoabgabenlast. Damit bestätigt sich auf Personenebene, dass es keinen ausgeprägten „Mittelschichtsbauch" gibt – die Bezieher mittlerer Einkommen müssen also nicht die Hauptlast an der Finanzierung des Staates tragen. Auch für die Behauptung, der Staat bewirke vor allem eine Umverteilung von der rechten in die linke Tasche, um eine Vielzahl von Einzelinteressen bedienen zu können, liefert die Analyse der Umverteilungsströme keine empirischen Belege. Denn mit steigendem Markteinkommen entwickeln sich Abgaben und Transfers gegenläufig – ein gleichzeitiges Auftreten von hohen Transfers und hohen Abgaben ist in keiner Einkommensschicht zu beobachten.

Tabelle 2

Einkommen und Transfersalden

Äquivalenzgewichtete Durchschnittswerte je Person und je Monat im Jahr 2003 für Personen, die nicht in Rentner- und Pensionärshaushalten leben

	Markt-einkommen	Netto-einkommen	Transfersaldo[1]		Grenzbelastung[2]
	in Euro			in Prozent[3]	in Prozent
1. Dezil	–6	661	666	–	–
2. Dezil	172	776	604	350	35
3. Dezil	536	875	340	63	73
4. Dezil	1.054	1.028	–25	–2	70
5. Dezil	1.503	1.219	–284	–19	58
6. Dezil	1.884	1.387	–497	–26	56
7. Dezil	2.286	1.563	–723	–32	56
8. Dezil	2.771	1.781	–990	–36	55
9. Dezil	3.475	2.105	–1.371	–39	54
10. Dezil	5.345	3.053	–2.293	–43	49

Dezile nach der Verteilung des Marktäquivalenzeinkommens aller Personen; Angaben je Dezil: arithmetisches Mittel. 1) Differenz zwischen monetären Transfers und Abgaben. 2) Verringerung der Mittelwerte des Transfersaldos des jeweiligen Dezils zum nächstunteren Dezil in Prozent der Differenz der Mittelwerte der entsprechenden Dezile des Marktäquivalenzeinkommens.
3) In Prozent des Marktäquivalenzeinkommens.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Nicht zu dem Bild einer konsistenten Umverteilung von oben nach unten passt allerdings, dass der Transfersaldo in den unteren drei Dezilen des Markteinkommens in etwa gleich hoch ist und vom untersten zum zweituntersten Einkommenszehntel sogar leicht ansteigt. Vom 3. zum 4. Dezil sinken dann die Nettotransfers so stark, dass für das 4. Markteinkommensdezil im Durchschnitt ein niedrigeres Nettoeinkommen resultiert als für das 3. Dezil. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass nicht alle Transfers bedarfsorientiert gewährt werden. Dies gilt besonders für die gesetzliche Rente, die sich nach den in der vorangegangenen Erwerbsphase entrichteten Beiträgen bemisst. Ein anderes Bild zeigt sich, wenn man die Personen herausfiltert, die in Haushalten leben, deren Haupterwerbsquelle Renten oder Pensionen sind. Der Transfersaldo fällt dann mit steigendem Markteinkommen monoton ohne große Sprungstellen, und auch das Nettoeinkommen erhöht sich mit steigendem Markteinkommen kontinuierlich (Tabelle 2).

Errechnet man aus den Durchschnittswerten der Dezile eine Grenzbelastung, fallen auch nach Ausschluss der Rentner- und Pensionärshaushalte die hohen Werte beim Übergang vom 2. zum 3. Dezil und vom 3. zum 4. Dezil auf. So liegt im 3. Dezil das Marktäquivalenzeinkommen um 363 Euro höher als im 2. Dezil. Im Nettoeinkommen unterscheiden sich die beiden Dezile aber lediglich um 99 Euro. Rechnerisch ergibt sich eine Nettogrenzbelastung von 73 Prozent. Beim Übergang vom 3. zum 4. Dezil beträgt dieser Wert noch immer gut 70 Prozent und fällt dann auf 58 Prozent. Steigt man in der Einkommensverteilung weiter nach oben, bleibt die Grenzbelastung mit nur sehr geringen Schwankungen annähernd konstant bei rund 55 Prozent. Lediglich beim Übergang vom 9. Dezil zum Zehntel der Bevölkerung mit dem höchsten Marktäquivalenzeinkommen ergibt sich mit 49 Prozent wieder ein etwas niedrigerer Wert, der sich mit der geringeren Grenzbelastung bei den Sozialabgaben – vermutlich aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen – begründen lässt.

Die hier ermittelten Werte für die Nettogrenzbelastung sind sicherlich nur eingeschränkt interpretierbar, weil sie aus Durchschnittswerten errechnet werden. Es ist beispielsweise möglich, dass im 2. Dezil viele Nichterwerbstätigenhaushalte mit einem hohen Transferbezug anzutreffen sind, im 3. Dezil aber überwiegend Arbeitnehmer mit vergleichsweise geringen Einkommen. Daher lässt sich aus den hier errechneten Werten nicht folgern, dass sich im individuellen Fall tatsächlich eine ähnlich hohe Grenzbelastung ergeben würde, wenn das Marktäquivalenzeinkommen um den entsprechenden Betrag stiege. Erkennbar ist aber, dass beim Übergang von Einkommensschichten, deren Einkommen überwiegend von bedarfsorientierten Transfers bestimmt werden, zu Einkommensgruppen, die einen nennenswerten Teil ihres Einkommens selbst am Markt erwirtschaften und daher auch entsprechend an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden, zwangsläufig hohe

Grenzbelastungen entstehen. Die konstante Nettogrenzbelastung mit höheren Einkommen, die zu einer ansteigenden Durchschnittsbelastung führt, zeigt, dass höhere Einkommen auch mit ihren Einkommenszuwächsen stark an der Finanzierung des Staates beteiligt bleiben. Im Hinblick auf die Arbeitsanreize bedenklich erscheint der Befund, dass ab dem 2. Dezil mindestens rund die Hälfte der Einkommenszuwächse dem Staat zufließt.

Tabelle 3

Private Umverteilung in Deutschland

Äquivalenzgewichtete Durchschnittsangaben je Person und Monat im Jahr 2003

	Netto-einkommen	Saldo nicht-öffentliche Transfers	Saldo inter-temporale Transfers	Saldo private Umverteilung insgesamt[1)]		Disponibles Einkommen[2)]
	in Euro				in Prozent[3)]	in Euro
1. Dezil	591	157	6	163	27,6	754
2. Dezil	910	59	–12	47	5,2	957
3. Dezil	1.090	42	–37	5	0,5	1.095
4. Dezil	1.240	43	–57	–14	–1,1	1.226
5. Dezil	1.386	34	–77	–43	–3,1	1.343
6. Dezil	1.539	27	–101	–75	–4,8	1.465
7. Dezil	1.713	27	–114	–87	–5,1	1.626
8. Dezil	1.938	19	–146	–127	–6,5	1.811
9. Dezil	2.280	18	–185	–167	–7,3	2.113
10. Dezil	3.350	–31	–318	–349	–10,4	3.001

Dezile nach der Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens aller Personen; Angaben je Dezil: arithmetisches Mittel. 1) Saldo Privattransfers plus Saldo intertemporale Transfers. 2) Nettoeinkommen plus Saldo private Umverteilung.
3) In Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Private Umverteilung

Nicht nur die staatlichen Aktivitäten sorgen für eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen, auch die nichtöffentlichen Transfers und die Spar- und Entsparprozesse laufen in diese Richtung. Um dies zu verdeutlichen, werden die Dezile im Folgenden nicht mehr nach der Höhe des Markteinkommens, sondern nach der Höhe des Nettoeinkommens in Abgrenzung des IW Köln gebildet. Es zeigt sich, dass in Euro gerechnet insgesamt nur die beiden untersten Dezile deutlich von der privaten Umverteilung profitieren. Das unterste Zehntel stellt sich hierdurch beim Monatsäquivalenzeinkommen um 163 Euro besser, beim 2. Dezil beträgt der Unterschied noch 47 Euro (Tabelle 3). Im 3. Dezil gleichen sich die verschiedenen nichtöffentlichen Umverteilungsströme insgesamt in etwa aus, und ab dem 4. Dezil fällt das disponible Einkommen mit zunehmenden Abstand unter das Netto-

einkommen. Besonders deutlich ins Negative fällt der Transfersaldo im obersten Dezil – hier ist das disponible Monatseinkommen pro Kopf äquivalenzgewichtet um fast 350 Euro niedriger als das Nettoeinkommen nach staatlicher Umverteilung. Im 9. Dezil ist die Differenz mit 167 Euro nur knapp halb so hoch.

Bei den intertemporalen Zahlungsströmen gibt es ein deutliches Ungleichgewicht: Lediglich beim untersten Dezil fallen die intertemporalen Transfers positiv aus, das heißt, die Rückflüsse aus Privatrenten und Ähnlichem übersteigen die Vorsorgeaufwendungen. Dies liegt auch daran, dass Tilgungen und Bausparbeiträge zu den Vorsorgeaufwendungen gezählt werden, hingegen die Mieteinnahmen einschließlich des unterstellten Mietwerts einer Eigentümerwohnung (abzüglich der Schuldzinsen) bereits beim Markteinkommen berücksichtigt sind. Beim 10. Dezil übersteigen die Vorsorgeaufwendungen die Rückflüsse um 318 Euro. Das ist nicht nur absolut betrachtet der höchste Wert, sondern mit einer Quote von knapp 10 Prozent auch in Relation zum Nettoeinkommen. Umgekehrt ist bei den privaten Transfers eine deutliche Konzentration auf die Personen des untersten Dezils festzustellen. Sie stellen sich durch die Zahlungsströme zwischen den Haushalten und die Unterstützungen von Kirchen und anderen Einrichtungen um 157 Euro besser – das sind fast 27 Prozent des Nettomonatseinkommens. Auf der Nettozahlerseite ist lediglich das oberste Dezil anzutreffen. Diese Asymmetrie erklärt sich dadurch, dass sich zum einen durch die Beteiligung mildtätiger Organisationen zwischen den Haushalten kein Nullsummenspiel ergibt, zumal Spenden und die Kirchensteuer nicht gegengebucht wurden. Zum anderen werden Geschenke in der EVS nur auf der Einnahmenseite, nicht aber beim Geschenkgeber erfasst.

Die privaten und intertemporalen Transfers kommen somit hauptsächlich den unteren Einkommensdezilen zugute und werden überwiegend von den oberen Einkommensschichten finanziert. Demzufolge ergibt sich für das disponible Einkommen auch eine ausgeglichenere Verteilung als für das Nettoeinkommen nach IW-Definition, das ausschließlich das staatliche Transfer- und Abgabensystem berücksichtigt. Dies zeigt sich, wenn man die Einkommen der Personen nach dem jeweiligen Einkommensbegriff sortiert und die sich ergebenden Einkommensverteilungen vergleicht: Entfielen auf das unterste Dezil 3,7 Prozent des gesamten Nettoeinkommens, waren es beim disponiblen Einkommen immerhin 4,1 Prozent. Das einkommensschwächste Fünftel erreichte beim disponiblen Einkommen 10 Prozent des Gesamteinkommens. Im Mittel lag das Einkommen in dieser Gruppe also genau bei der Hälfte des Durchschnittseinkommens, während beim Nettoeinkommen der entsprechende Einkommensanteil nur 9,4 Prozent betrug. Insgesamt zeigt sich, dass der Einkommensanteil der untersten vier Dezile beim disponiblen Einkommen jeweils höher

ist als beim Nettoeinkommen, während sich die Einkommensposition vom 5. bis zum 10. Dezil durch die privaten Umverteilungsströme verschlechtert. Obwohl das Zehntel der Bevölkerung mit dem höchsten Nettoeinkommen per saldo über 10 Prozent seines Nettoeinkommens abgibt, stellt sich die Einkommensposition des obersten Dezils beim disponiblen Einkommen (Einkommensanteil: 20,7 Prozent) kaum schlechter dar als beim obersten Dezil des Nettoeinkommens (Einkommensanteil: 20,9 Prozent). Dies liegt daran, dass es durch die Transfers offenbar auch zu einer deutlichen Durchmischung der Einkommensrangfolge kommt.

Relative Einkommensarmut

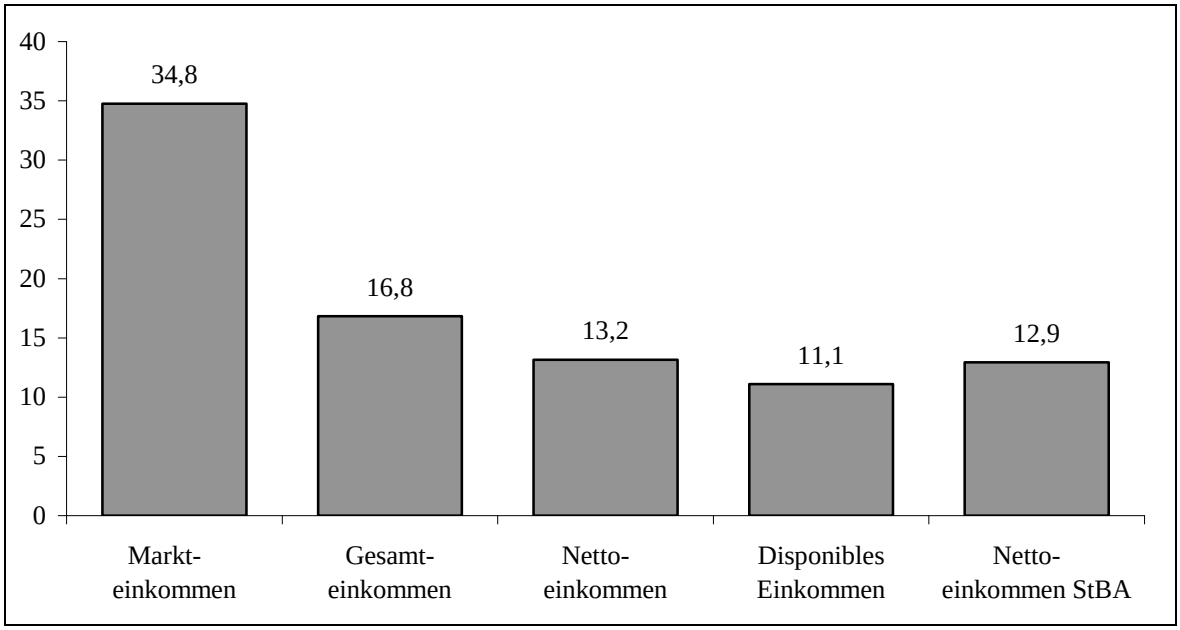
Abschließend soll untersucht werden, welchen Einfluss die diversen Transferströme sowohl von öffentlicher als auch von privater Hand auf die relative Einkommensarmut haben. Diese wird hier nach den üblichen Konventionen wie folgt definiert: Eine Person gilt als einkommensarm, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des Einkommensmedians (Wert, der jeweils von der Hälfte der Bevölkerung über- und unterschritten wird) beträgt. Entsprechend der geschilderten Umverteilung von oben nach unten führt sowohl die staatliche als auch die private Umverteilung zu einem Sinken der Armutsquote (Abbildung 2):

- Bezogen auf das Markteinkommen sind knapp 35 Prozent der Bevölkerung als einkommensarm einzustufen. Dieser hohe Wert erklärt sich dadurch, dass beispielsweise Rentner- und Pensionärshaushalte überwiegend keine oder nur geringe Markteinkommen erzielen. Da sie regelmäßige Transferzahlungen bekommen, besteht hierzu auch oftmals keine Notwendigkeit.
- Betrachtet man daher das Bruttogesamteinkommen einschließlich der Transfers aus der öffentlichen Hand, halbiert sich die Armutsquote auf 16,8 Prozent.
- Auch die Steuern und Abgaben reduzieren die Armutsquote. Denn durch sie sinkt der Schwellenwert für die Einkommensarmut, sodass viele Personen, die keine oder nur geringe Zwangsabgaben zu leisten haben, nicht mehr zu den Einkommensarmen zählen. Bezogen auf das Nettoäquivalenzeinkommen, ist die Armutsquote daher um 3,6 Prozentpunkte niedriger als beim Bruttogesamteinkommen. Die staatliche Umverteilung erweist sich als recht treffsicher. Denn immerhin zwei Drittel der bezogen auf das Markteinkommen Armen gelten nach staatlicher Umverteilung, also in Bezug auf das Nettoeinkommen, nicht mehr als einkommensarm, während umgekehrt lediglich 2,3 Prozent der zuvor Nicht-Armen in den Status der Einkommensarmut rutschen.

Abbildung 2

Armutsquoten

Anteil der einkommensarmen Personen in Abhängigkeit vom Einkommensbegriff im Jahr 2003
in Prozent



Einkommensarm: Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians (bezogen auf den jeweiligen Einkommensbegriff). Nettoeinkommen StBA: Nettoeinkommen nach Definition des Statistischen Bundesamtes.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Um weitere 2,1 Prozentpunkte niedriger ist die Armutsquote, wenn man das disponible Einkommen betrachtet. Sie beträgt 11,1 Prozent und ist damit auch deutlich niedriger als die Quote, die sich auf Grundlage des Nettoeinkommens nach Definition des Statistischen Bundesamtes errechnet (12,9 Prozent). Immerhin jeder Dritte, der bezogen auf das Nettoeinkommen als einkommensarm gilt, ist dies nicht mehr, wenn man das disponible Einkommen verwendet. Für lediglich knapp 3 Prozent der Bevölkerung gilt der umgekehrte Befund. Auch die nichtöffentlichen Transfers sorgen also für eine merkliche Reduzierung der relativen Einkommensarmut. Sie haben dabei aber weit weniger Gewicht als das staatliche Abgaben- und Transfersystem. Dies verdeutlichen die Transferströme: So erzielen die bezogen auf das Markteinkommen einkommensarmen Personen einen positiven Transfersaldo von äquivalenzgewichtet 856 Euro je Monat, während die Nicht-Armen per saldo 908 Euro an den Staat überweisen. Betrachtet man die Einkommen nach staatlicher Umverteilung, erhalten die bezogen auf das Nettoeinkommen einkommensarmen Personen im Durchschnitt 140 Euro durch private und intertemporale Transfers, während die nicht armen Personen durch diese Umverteilung im Mittel monatlich per saldo 96 Euro weniger zur Verfügung haben.

Die Wahl des Einkommensbegriffs hat nicht nur einen starken Einfluss auf die Höhe der Armutsquote insgesamt, sondern auch auf die relative Betroffenheit verschiedener sozialer Gruppen. Rentner, Arbeitslose und Studenten sind – da ohne nennenswertes Erwerbseinkommen – bezogen auf ihr Markteinkommen zu über 90 Prozent einkommensarm (Tabelle 4). Betrachtet man das disponible Einkommen, fällt die Armutsquote der Rentner und Pensionäre auf 12 Prozent und liegt damit nur noch knapp über dem Durchschnittswert. Bei Personen aus Arbeitslosen- und Studentenhaushalten sinkt die Armutsquote durch die staatliche und die private Umverteilung auf unter 60 Prozent. Die Studenten profitieren besonders von den nichtöffentlichen Transfers: Äquivalenzgewichtet liegt ihr disponibles Einkommen um 326 Euro höher als das Nettoeinkommen, was sich in einer Reduzierung der Armutsquote um fast 29 Prozentpunkte widerspiegelt. Der staatliche Transfersaldo ist mit 170 Euro im Vergleich nur etwas mehr als halb so groß. Bei den Personen aus Erwerbstätigenhaushalten ist die Armutsquote bei allen Einkommensgrößen etwa gleich hoch. Auffallend ist die deutlich niedrigere Quote der Selbstständigen, wenn die Einkommensdefinition des Statistischen Bundesamtes herangezogen wird. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass bei der amtlichen Einkommensdefinition keine Abzüge für die Krankenversicherung und für die Altersvorsorge vorgenommen werden.

Minderjährige leben nicht häufiger in Armut als Erwachsene. Ihre Armutsquoten liegen sowohl bezogen auf das Nettoeinkommen (nach IW-Definition und nach Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes) als auch bezogen auf das disponible Einkommen 1 bis 2 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Betrachtet man die verschiedenen Haushaltstypen, zeigt sich sogar, dass bei Paaren mit zwei Kindern die Armutsquoten am niedrigsten sind. Deutlich höher liegen die Werte bei kinderreichen Familien und besonders bei Alleinerziehenden. Auffallend ist hier, dass der Anteil der Einkommensarmen beim disponiblen Einkommen mit 21 Prozent wesentlich niedriger liegt als bei anderen Einkommensgrößen und auch die Quote der Alleinlebenden unterschreitet. Im Vergleich zur Armutsquote auf Basis des Nettoeinkommens nach IW-Definition erklärt sich dies dadurch, dass die Ein-Eltern-Familien von der privaten Umverteilung am meisten profitieren: Sie gewinnen äquivalenzgewichtet 72 Euro hinzu. Im Durchschnitt aller Gruppen reduziert sich das Einkommen um 65 Euro. Gegenüber dem Nettoeinkommen nach amtlicher Abgrenzung könnte sich der Unterschied ergeben, weil Positionen, die nur im Nettoeinkommen nach Definition des Statistischen Bundesamtes enthalten sind – beispielsweise geleistete Unterhaltszahlungen, Steuerrückerstattungen und Zinsen für Baudarlehen –, bei Alleinerziehenden sehr gering ausfallen dürften. Dies hat zur Folge, dass die Einkommensposition der Ein-Eltern-Familien bezogen auf das amtliche Nettoeinkommen schlechter ausfällt als beim disponiblen Einkommen.

Tabelle 4

Einkommensarmut nach Haushaltstyp und sozialer Stellung

Anteil der einkommensarmen Personen nach Einkommensbegriff im Jahr 2003 in Prozent

	Markt-einkommen	Gesamt-einkommen	Netto-einkommen	Disponibles Einkommen	Nettoeinkommen StBA[1)]
Haushaltstyp					
Alleinlebend	58,0	34,1	28,0	21,8	25,1
Alleinerziehend	47,6	44,3	36,0	21,3	32,9
Paar ohne Kind	54,7	15,0	10,1	8,0	9,2
Paar mit 1 Kind	12,0	7,1	6,7	7,1	7,7
Paar mit 2 Kindern	8,5	5,8	5,1	6,8	6,5
Paar mit 3 und mehr Kindern	12,7	10,5	7,2	9,7	9,7
Sonstiger Haushalt	35,7	16,6	11,7	10,0	13,6
Soziale Stellung[2)]					
Selbstständig	15,3	15,4	11,1	13,6	8,1
Beamter	1,0	1,7	1,2	1,4	1,2
Arbeiter/Angestellte	6,3	5,9	5,8	5,9	7,3
Arbeitslose(r)	94,4	57,8	55,0	46,7	58,1
Rentner/Pensionäre	90,7	27,0	16,4	12,1	13,6
Studenten	93,2	94,5	87,2	58,3	70,0
Sonstige Nichterwerbstätige[3)]	94,7	84,4	62,9	40,5	60,1

Einkommensarm: Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians (bezogen auf den jeweiligen Einkommensbegriff).
Kinder: Ledige Kinder unter 27 Jahren. 1) Nettoeinkommen StBA: Nettoeinkommen nach Definition des Statistischen Bundesamtes.
2) Bezogen auf den Haupteinkommensbezieher. 3) Hausfrauen, -männer, Schüler u. a.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Schlussfolgerungen

Die Analyse der bedarfsgewichteten Einkommen hat die Ergebnisse auf Grundlage der Haushaltseinkommen bestätigt (Horschel/Pimpertz/Schröder, 2007): Die Umverteilung erfolgt recht gleichmäßig von oben nach unten. Dabei kommt es, wenn man die Rentner- und Pensionärshaushalte, deren Transfers sich nach dem früheren Erwerbseinkommen richten, unberücksichtigt lässt, mit steigendem Einkommen zu einem kontinuierlichen Abbau der Transfers und zu einem stetigen Ansteigen der Zwangsabgaben. Weder für eine besondere Belastung der Mittelschicht noch für eine sehr stark ausgeprägte Umverteilung von der rechten in die linke Tasche gibt es empirische Belege. Auch die relative Einkommensarmut wird durch die staatlichen Transfers deutlich gemindert, wenngleich auch nach der Umverteilung noch mehr als jeder Achte nach der üblichen Definition als einkommensarm gilt. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass der nach einer Konvention festgelegte Armutsschwellenwert zumeist deutlich über dem Betrag liegt, der in der Sozialgesetzgebung als

ausreichend angesehen wird, um den Mindestbedarf zu decken. Die Kehrseite des Sozialstaats ist, dass er einen großen Teil der individuellen Einkommenszuwächse für sich vereinnahmt. Grenzbelastungen von über 70 Prozent sind zwar nur in einem schmalen Einkommensbereich an der Schnittstelle zwischen Transferabhängigkeit und Abgabenpflicht zu beobachten, aber auch oberhalb dieses Markteinkommensbereichs bleiben von jedem zusätzlich erwirtschafteten Euro fast konstant mindestens 50 Cent durch sinkende Transfers und steigende Zwangsabgaben im staatlichen Umverteilungssystem.

Auch die privaten und intertemporalen Transfers sorgen dafür, dass die Einkommen gleichmäßiger verteilt werden und mildern die Einkommensarmut ab. Besonders Studenten und Alleinerziehende profitieren hiervon. Nicht nur die privaten Unterstützungszahlungen und die Hilfen karitativer Einrichtungen wirken egalisierend, sondern auch die Prozesse des (langfristigen) An- und Entsparens. Diese Prozesse sind für den Einzelnen am ehesten planbar, wenn eine beschäftigungsfreundliche Politik dafür sorgt, dass keine großen ungewollten Lücken in der Erwerbsbiografie vorkommen.

Literatur

Horschel, Nicole / Pimpertz, Jochen / Schröder, Christoph, 2007, Auswirkungen der monetären Umverteilung in Deutschland, in: IW-Trends, 34. Jg., Heft 4, S. 17–29

Krueger, Dirk / Perri, Fabrizio, 2003, On the Welfare Consequences of the Increase in Inequality in the United States, NBER Working Paper, Nr. W9993, Washington D.C.

Krueger, Dirk / Perri, Fabrizio, 2006, Does Income Inequality Lead to Consumption Inequality? Evidence and Theory, in: Review of Economic Studies, Vol. 73, Nr. 1, S. 163–193

Noll, Heinz-Herbert / Weick, Stefan, 2007, Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen, Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 37, S. 1–6

Statistisches Bundesamt, 2006a, Scientific use file für das IW Köln aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006b, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Einkommensverteilung in Deutschland, 2003, Fachserie 15, EVS 2003, Heft 6, Wiesbaden

***

Monetary Redistribution and Income Poverty in Germany

Although the German system of transfers, taxes and social security contributions is not fully means-tested, its top-down redistribution functions quite well. The finding is the same when calculating incomes on an individual base and taking into account household size and structure. Converted to the demand of a person living alone, the 30 percent of persons with the lowest market equivalence income receive over € 900 per month in transfers after subtracting taxes and social security contributions. Private redistribution via alimony, support payments, company pension and aid from non-profit organisations as well as retirement or housing related savings and dissavings additionally smooth the income distribution lowering the share of the relative poor by 2 percentage points.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 36. Jahrgang, Heft 1/2009; ISSN 0941-6838.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de,
die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter www.pressemonitor.de
© 2009, Deutscher Instituts-Verlag, Köln; DOI: 10.2373/1864-810X.09-01-01